

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Häfele, Dr. Sprung, Dr. Riedl (München), Carstens (Emstek), Dr. Köhler (Duisburg), Dr. Meyer zu Bentrup, Dr. Hackel, Spilker, Glos, Dr. George, Rossmannith, Sauer (Salzgitter), Biehle, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Langner und der Fraktion der CDU/CSU

— Drucksache 9/1316 —

Verschuldung der Ostblockstaaten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Industrienationen

Der Bundesminister für Wirtschaft – V B 1 – 910 528/1 – hat mit Schreiben vom 17. Februar 1982 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Wie hoch ist die Verschuldung der Ostblockstaaten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland (Staat, Banken, Nichtbanken, jüngste Zahlen, aufgegliedert nach Ländern)?

Die Gesamtnettoverschuldung der europäischen Staatshandelsländer gegenüber der Bundesrepublik Deutschland betrug nach Ermittlung der Deutschen Bundesbank Mitte 1981 (neueste Zahlen) 18,6 Mrd. DM. Davon entfielen 11,8 Mrd. DM auf Kredite der Banken; ausländische Filialen deutscher Banken halten außerdem Forderungen von ca. 1,7 Mrd. DM (Zahlen über die Forderungen ausländischer Tochterunternehmen deutscher Banken liegen dagegen nicht vor).

Der Rest der Verschuldung besteht – abgesehen von dem mit Polen in besonderem politischen Zusammenhang vereinbahrten Kredit der KfW von 1 Mrd. DM – gegenüber privaten Gläubigern im nicht-Bankenbereich, vor allem Exporteuren.

Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Schuldnerländern veröffentlicht die Deutsche Bundesbank nicht.

2. Welche dieser Kredite – wiederum aufgeteilt nach Ländern – sind durch Bundesbürgschaften abgedeckt?

Zahlen über den von Bundesbürgschaften abgedeckten Teil der Kredite veröffentlicht die Deutsche Bundesbank ebenfalls nicht. Das der Bundesregierung bekannte Gesamtobligo aus Bürgschaften an europäische Staatshandelsländer beträgt 25,3 Mrd. DM, ohne Zinsen 20,4 Mrd. DM. In diesem Obligo sind Bürgschaften für Kredite enthalten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Auszahlung gelangen. Ich bitte um Verständnis, daß Obligozahlen, die nicht geographische Räume, sondern einzelne Länder betreffen, bei uns – wie auch in anderen Exportländern – vertraulich behandelt werden. Ich bin aber gern bereit, in den Bundestagsausschüssen Einzelangaben hierüber zu machen. Dies wird erneut in Kürze mit dem Jahresbericht über die nach §§ 9 bis 13, 16 und 17 Haushaltsgesetz 1981 übernommenen Gewährleistungen nach dem Stand vom 31. Dezember 1981 an den Haushaltshausschuß des Deutschen Bundestages erfolgen (der entsprechende letzte Bericht des BMF erfolgte mit Vorlage Nr. 14/81).

3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gesamtverschuldung der Ostblockstaaten gegenüber den westlichen Industrienationen?

Die Gesamtnettoverschuldung der europäischen Staatshandelsländer gegenüber den westlichen Industrieländern betrug Ende 1981 nach ersten groben Schätzungen verschiedener Quellen etwas über 80 Mrd. \$.

4. Gibt es Schwierigkeiten bei den fälligen Zins- und Tilgungsleistungen bei einzelnen Krediten, bzw. bei welchen Ländern sieht die Bundesregierung Risiken bezüglich der Zinszahlungen und der Tilgungen?

Polen hat die bisher entstandenen Verpflichtungen aus der Umschuldung staatlich verbürgter Kredite 1981 gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erfüllt.

Hinsichtlich der Forderungen westlicher Banken dürfte Polen mit den hier laufend eingehenden Zinszahlungen das in den Umschuldungsverhandlungen mit den privaten Banken 1981 gesetzte Ziel erreichen.

Bei in 1981 nicht umgeschuldeten Forderungen – im wesentlichen Forderungen von Exporteuren – gibt es noch Zahlungsverzögerungen; nach Intervention der Bundesregierung sind die Zahlungen aber zum größten Teil geleistet worden. Die polnische Regierung hat zugesagt, ihren Verpflichtungen auch weiter nachzukommen; dennoch sind die im Verhältnis zur VR Polen entstandenen Risiken angesichts der bekannten Wirtschaftslage des Landes weiterhin erheblich. 1982 werden voraussichtlich verbürgte deutsche Forderungen gegenüber Polen im Umfang von ca. 1,4 Mrd. DM (Tilgung und Zinsen) fällig. Die vorgesehenen

Umschuldungsverhandlungen hat der Westen angesichts der politischen Lage in Polen ausgesetzt.

Bei Rumänien waren zum Ende 1981 über 1 Mrd. \$ Fälligkeiten gegenüber dem Westen aufgelaufen, deren Bezahlung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Darüber haben im Januar 1982 Gespräche zwischen westlichen Banken und der rumänischen Außenhandelsbank unter Beteiligung von Vertretern des Internationalen Währungsfonds stattgefunden. Bei den anderen europäischen Staatshandelsländern sind derzeit der Bundesregierung Anhaltpunkte für ein konkretes Risiko bei einzelnen Krediten nicht bekannt. Ein abstraktes Risiko ist dagegen bei versicherten Krediten an diese und andere Länder der Welt nie ganz auszuschließen und soll gerade durch das Instrument der gegen Entgelt gewährten Bundesbürgschaften abgedeckt werden.

